

Jetzt anmelden!



www.Internisten-im-Netz.de

ISSN 1863-9216

# BDI aktuell

Mitgliederzeitung Berufsverband Deutscher Internisten BDI e.V. • www.bdi.de

Nr. 6 • Juni 2008

## Inhalt

### Gastkommentar

#### Einheitsvergütung für Hausärzte?

Der Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte Dr. Wolfram Hartmann lehnt in seinem Gastkommentar eine Einheitsvergütung in der hausärztlichen Versorgungsebene ab.

Seite 4

#### Neue Hausarztversorgung in Baden-Württemberg

##### An der KV vorbei

Der Vertrag der AOK Baden-Württemberg mit Hausärzterverband und MEDI über eine Hausarztzentrierte Versorgung nach § 73b SGB V ist unterzeichnet. Damit ist der Kollektivvertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung erstmals durchbrochen.

Seite 6

#### Diabetes mellitus

##### Notfälle und Akutkomplikationen

Diabetische Akutkomplikationen sind die häufigsten endokrinen Notfälle. Der Artikel gibt einen Überblick über die Häufigkeit, Symptome, Ursachen, Pathophysiologie und die Behandlung akuter Diabetes-assoziiierter Komplikationen.

Seite 10

#### Chronische Bauchschmerzen

##### Das Reizdarmsyndrom besser verstehen

Die Aufklärung der Pathomechanismen des Reizdarmsyndroms hat in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte gemacht, mit beträchtlichen Auswirkungen auf die Entwicklung neuer therapeutischer Optionen.

Seite 12

#### Impressum

Seite 14

## 111. Deutscher Ärztetag in Ulm

### 250 Co-Autoren korrigieren das „Ulmer Papier“ der BÄK

So einhellig, wie die 250 Ärztetags-Delegierten in Ulm den Vortrag von BÄK-Präsident Prof. Jörg D. Hoppe bei der Eröffnung des Ärztetags in Anwesenheit von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt lobten, fiel die Akzeptanz des „Ulmer Papiers“ nicht aus. Der Ärztetag bestand darauf, die vom BÄK-Vorstand vorgelegte Fassung des „Ulmer Papiers“ bis in kleinste Details hinein zu korrigieren und zu ändern. Erst nach mehr als fünf Stunden gab es grünes Licht für das Papier.



BÄK-Präsident Hoppe warb beim Ärztetag vergeblich für seinen Entwurf des „Ulmer Papiers“.

dass man der Debatte um die Verteilung knapper Ressourcen nicht ausweichen könne. Was die Anhebung der ärztlichen Vergütung angeht, umgab sie sich mit Nebel. Sie bestätigte weder die von der KBV eingeforderten 4,5 Milliarden Euro noch die immer wieder genannten 2,5 Milliarden Euro, die angeblich ins System der vertragsärztlichen Versorgung

fließen sollen. Stattdessen stellte sie die Frage, ob es tatsächlich mehr Geld geben könne und müsse oder ob es nur anders verteilt werden müsse. Es sei jedenfalls nicht in Ordnung, dass für Arzneimittel mehr Geld ausgegeben werde

als für die ambulante ärztliche Versorgung. Alle sollten darüber nachdenken, wie die vorhandenen Mittel so eingesetzt werden, dass alle Bürger unabhängig vom Einkommen die notwendigen medizinischen Leistungen in Anspruch nehmen können.

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Den Ärztetags-Delegierten ging es ähnlich wie der Ministerin, die dem BÄK-Präsidenten signalisierte: „Ich begrüße Ihre Standortbestimmung, auch wenn ich nicht alle Ansichten darin teilen kann.“ Damit war die Übereinstimmung aber auch schon zu Ende. Wie jedes Jahr betonte die Politikerin auch in Ulm,

## KBV-Vertreterversammlung in Ulm

### Köhler fordert 4,5 Mrd. Euro mehr mit gesetzlicher Garantie

Der Vorsitzende der KBV-Vertreterversammlung stimmte die Delegierten im Ulmer Messe-Centrum eher skeptisch als kämpferisch ein. Zwar seien sich alle maßgeblichen Politiker einig, meinte Dr. Andreas Hellmann, dass Ärzte und Psychotherapeuten lange genug gelitten und einen gewichtigen Nachschlag verdient hätten. Doch seien sich die Ärzte auch einig, wenn es um die Verteilung des Geldes geht?

Er sah sich bemüßigt darauf hinzuweisen, dass nicht das Geld, sondern die Struktur langfristig zähle. Damit spielte er auf den baden-württembergischen Hausärztervertrag zwischen AOK und dem Hausärzterverband und dem Medi-Verbund des Landes an. „Wir kennen gerade den Preis für eine einzelne Linse in dem Linsengericht. Wie die Suppe aber insgesamt schmeckt, werden wir erst in Zukunft sehen.“

Das war auch die Sorge des KBV-Vorsitzenden Dr. Andreas Köhler. Er sieht die Versorgungslandschaft zersplittern, und zwar nicht nach klaren Prinzipien, sondern eher willkürlich. In dieser Situation sei eine Klammer notwendig, die die Versorgung zusammen-

hält, und das ist und bleibe das KV-System und der Kollektivvertrag. Wie unverzichtbar diese Klammer sei, zeige gerade der Vertrag in Baden-Württemberg. Um die Mobilität ihrer eingeschriebenen Versicherten zu erhalten und die Inanspruchnahme von Leistungen außerhalb Baden-Württembergs zu ermöglichen, brauche die AOK den Fremdkassenzahlungsausgleich und den Kollektivvertrag in den anderen Bundesländern. Um den Notdienst zu gewährleisten, brauche die AOK die KV und den Kollektivvertrag im eigenen Lande.

Der Vertrag in Baden-Württemberg werde jetzt beweisen müssen, dass er Vorteile für Patienten, Versicherte und die Krankenkasse bietet. „Ist nur eine Gruppe durch ihn benachteiligt, wird er nicht funktionieren. Denn Versicherte und Patienten werden ihn nicht wählen, wenn er ihnen nicht dauerhaft eine gute und sichere Versorgung bietet. Ärzte werden ihm nicht beitreten oder ihn wieder verlassen, wenn er keine Vorteile hinsichtlich der Vergütung oder der Verwaltungsvereinfachung dauerhaft gewährleistet.“

Lesen Sie weiter auf Seite 5

## Leserumfrage

### Wie gut gefällt Ihnen BDI aktuell?

Seit Anfang 2007 erscheint BDI aktuell in neuem Gewand: Der Seitenaufbau ist übersichtlicher und das Format ist größer geworden. Der Teil „Kongresse und Services“ ist jetzt als Heft im Heft herausnehmbar. Auch Buchrezensionen und fachliche Artikel sind hinzugekommen. Nun ist es Zeit, unsere Leser zu befragen: Wie gut gefällt Ihnen BDI aktuell?

Aus diesem Grund liegt dieser Ausgabe von BDI aktuell ein Fragebogen bei. Wir möchten wissen, wie intensiv Sie BDI aktuell lesen und welche Themen Sie besonders interessieren. Bitte nehmen Sie sich ein paar Minuten Zeit, um die fünf Fragen zu beantworten und uns den Fragebogen zurückzufaxen. Ihre Meinung ist uns wichtig! Helfen Sie uns, BDI aktuell für Sie noch attraktiver zu machen!

Sollte der Fragebogen dieser Ausgabe nicht mehr beiliegen, können Sie ihn auf der Homepage des BDI herunterladen.

Ihre Redaktion BDI aktuell

## Ärztetag bekräftigt Bedenken Nein zur elektronischen Gesundheitskarte in dieser Form

Trotz allen Bemühungen der beiden Fach-Referenten, Dr. jur. Thilo Weichert, Datenschutzbeauftragter von Schleswig-Holstein, und Dr. Franz-Josef Bartmann, Präsident der Ärztekammer Schleswig-Holstein und Telematikbeauftragter der Bundesärztekammer, die bestehenden Ängste und Vorurteile gegen die elektronische Gesundheitskarte abzubauen, blieb die Mehrheit der 250 Ärztetags-Delegierten bei der ablehnenden Haltung wie bereits der 110. Deutsche Ärztetag in Münster 2007.

Der 111. Deutsche Ärztetag in Ulm hat sich erneut dafür stark gemacht, die sensiblen Patientendaten durch die elektronische Speicherung und Bearbeitung nicht Dritten, etwa Arbeitgebern oder Versicherungen, zugänglich zu machen.

Lesen Sie weiter auf Seite 3